

## **Generalisiertes Ermessen – Statuszuweisungen im Sozialleistungsrecht zwischen Subjektivierung und Algorithmierung**

**Thilo Fehmel**

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig

Sozialadministratives Entscheiden dient der Statusfeststellung und manifestiert sich in der Gewährung, Versagung oder Entziehung einer Sozialleistung. Sozialadministrative Entscheidungen stehen grundsätzlich unter Gesetzesvorbehalt. Sie folgen idealiter dem juristischen Syllogismus und sind gebundene Entscheidungen: ein mittels eindeutiger Verfahren festgestellter eindeutiger Status einer Sozialbürgerin führt zu einer eindeutig bestimmten sozialadministrativen Entscheidung bzgl. einer Sozialleistung. Derart konditional programmierte Entscheidungsprozesse regeln im Sozialleistungsrecht die Anspruchsbeziehungen zwischen den Bürger:innen und den Leistungsträgern klar und transparent, machen sie für alle Beteiligten berechenbar und schaffen Erwartungssicherheit.

In der Sozialverwaltung sind andererseits gesetzlich eingeräumte Entscheidungsspielräume zunehmend verbreitet. Durch die Möglichkeit der Beurteilung und der Ermessensausübung treten konditional kodifizierte zugunsten zweckprogrammierter Normen in den Hintergrund. In der einschlägigen (sozial-) rechtswissenschaftlichen Literatur gelten Beurteilungsmöglichkeiten und Ermessensausübung als legitime Möglichkeiten, subjektive Einzelfallgerechtigkeit dort herzustellen, wo das generalisiert kategorisierende Gesetz allein dazu nicht in der Lage ist. Unter welchen konkreten Bedingungen sich dies erreichen lässt und was dem unter Umständen entgegensteht, ist eine empirisch zu klärende Frage. Jüngere Befunde weisen darauf hin, dass in diesem Kontext dem Verhandeln als spezifischer Interaktionsform zunehmende Bedeutung zukommt.

Am anderen Ende des Spektrums möglicher sozialadministrativer Entscheidungsweisen stehen algorithmierte Entscheidungen und automatisierte Verwaltungsakte. Sie radikalisierten gleichsam die Konditionalprogrammierung im Sozialleistungsrecht, indem sie den Einzelfall nur mehr als singuläres, repräsentatives Muster einer großen Zahl gleichartiger „Fälle“ zur Kenntnis nehmen und standardisiert bearbeiten. Prima facie gewähren automatisiert prozessierte Entscheidungsverfahren keine Beurteilungs- und Ermessensspielräume auf sozialadministrativer Seite und keine Verhandlungsspielräume der Sozialbürger:innen. Offen bleibt jedoch, entlang welcher Kategorisierungen, Beurteilungen, Dateninterpretationen derartige Konditionalprogramme zu ihrer schematisierten Entscheidung finden. Könnte es sein, dass die Programmierung eines Algorithmus zur Herbeiführung sozialrechtlicher Leistungsentscheidungen auch nur auf gleichsam „generalisiertem“ Beurteilen und Ermessen beruht? Und wenn ja: welche Folgen hat das?

Im Beitrag sollen Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Konsequenzen der Bedeutungszunahme beider Kategorisierungs- und Entscheidungsweisen beleuchtet werden. Dabei stehen interaktionsanalytische Überlegungen im Vordergrund. Zu prüfen ist die These, dass sowohl bei der Entscheidungsweise „Beurteilung/Ermessen“ als auch bei der Entscheidungsweise „Automatisierung/Algorithmierung“ der Kommunikationsmodus des Ver- und Aushandelns einer Sozialleistung zentral ist, und dass sich mithin die beiden Entscheidungsmodi weniger voneinander unterscheiden als auf den ersten Blick zu erwarten wäre. Darauf aufbauend ist zu klären, welche funktionale Bedeutung den beiden Entscheidungsformen und den dabei auftretenden Interaktionen für sozial-staatliches Entscheiden und Zuweisen von Status zukommt – und welche strukturellen Auswirkungen das begünstigt.